

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Verkundigungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbefasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ Zuschußfasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Verzugspreis für das Vierteljahr M. 3 (ohne Bestellgeld), bei Zustellung unter Kreuzband M. 4

Herausgegeben vom
Deutschen Bauarbeiterverbande
Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluss des Blattes: Montag vormittag 10 Uhr.
Verbands-Anzeigen werden mit 5 M. für die dreispaltige Zeile oder deren Raum berechnet

Zur Londoner Konferenz.

Der Internationale Gewerkschaftsbund warnt.

In London entscheiden in diesen Tagen die diplomatischen Vertreter der Entente-Länder darüber, ob das deutsche Wirtschaftsleben wieder gefunden, oder ob es überhaupt weiterbestehen soll. Denn nichts anderes als ein Verfall Deutschlands zugunsten ausländischer Kapitalisten für ganze Menschenalter bedeutet es, wenn die gegenwärtigen Machthaber auf ihre in Paris aufgestellten sogenannten Wiedergutmachungs- oder, wie sie es nennen, Reparationsforderungen mit Sanktionen beschränken. In der Hauptsache soll Deutschland danach innerhalb 42 Jahren in jährlich steigenden Teilen etwa 260 Milliarden Goldmark zahlen. Außerdem soll ihm seine Ausfuhr mit einem Strafzoll von 12 % ihres Wertes belegt werden. Dabei können aber nicht nur die deutschen Arbeiter unter die kapitalistischen Räuber, sondern die Arbeiter in den so weisse regierten Entente-Ländern erst recht. Denn ein wirtschaftlich zugrunde gerichtetes Deutschland würde als Abnehmer vom Weltmarkt verschwinden und damit die Absatzmöglichkeit der übrigen Länder vermindern und folglich ihre Arbeitslosigkeit vermehren. Soll Deutschland dagegen das Pariser Diktat erfüllen, so müsste seine Wirtschaft einen so beispiellosen Aufschwung nehmen, daß seine Leistungen die aller anderen Staaten weit überflügeln. Auch das müsste dort zu ständigen Wirtschaftskrisen führen. Arbeitslosigkeit und das von ihr ungetrennbare Elend würde die Lebenshaltung der Arbeiter herabdrücken. Der Kapitalismus allein würde dabei Reichtümer gewinnen. Denn wie uns das Elend unserer Tage lehrt, gedeiht sein Weizen um so besser, je mehr der größere Teil des Volkes entbehrt und darbt. Um dieser Gefahr zu begegnen, wendet sich die Zeitung des Internationalen Gewerkschaftsbundes in einem warmen Schreiben an den englischen Minister Lloyd George. Es lautet:

Herrn Minister Lloyd George, London.

Ergelb! Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes, das im Namen von 25 Millionen organisierter Arbeiter spricht, erachtet es für nötig, bei Beginn der Beratungen der Vertreter der verschiedenen Regierungen über die auf Deutschland zu stellenden Forderungen betreffend die Wiedergutmachung, die Aufmerksamkeit dieser Vertreter auf die Forderungen zu lenken, die die Arbeiter hinsichtlich der Durchführung des Friedensvertrages zu wiederholten Malen dem Obersten Rat des Völkerbundes bekanntgegeben haben sowie auf die vom Internationalen Gewerkschaftskongress in London vom November vorigen Jahres angenommenen Resolutionen, betreffend den Wiederaufbau Europas und die Abgrenzungen Deutschlands.

Die organisierten Arbeiter erachten eine Schadenersatzgütung durch Deutschland für notwendig und gerechtfertigt; sie protestieren jedoch gegen Forderungen, die die Arbeiter Mittel-Europas eine volle Generation hindurch in Elenderei führen, den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas verhindern, den Haß zwischen den Völkern verschärfen und die Kultur vernichten würden.

Das Bureau fordert von der internationalen Völkerversammlung die Feststellung einer gerechten Schadenersatzgütung unter Berücksichtigung dieser Erwägungen und der Resolutionen des Londoner Kongresses.

Für das Bureau: J. Dudgeon, Sekretär.

Möge dieses Schreiben bei denen, an die es sich richtet, offene Ohren finden. Für die Arbeiterklasse in allen Ländern ergibt sich daraus die dringende Notwendigkeit, die Einigkeit und Geschlossenheit ihrer gewerkschaftlichen Verbände zu wahren und zu erhöhen, damit sie nötigenfalls ihr machtvolles Vis-à-vis-her-unter-nicht-weiter sprechen können.

Konferenz des Verbandsbeirates.

Am 23. und 24. Februar tagte in Hamburg eine gemeinsame Konferenz des Verbandsbeirates und des Verbandsvorstandes. Die Tagesordnung lautete: 1. Stand des Verbandes. 2. Reichsstatistikverträge, Ferienangelegenheiten. 3. Gruppenkonferenzen. 4. Bildungsfragen. 5. Wiederaufbau.

Kollege Paepelow berichtete, daß unsere Erwartungen hinsichtlich der Mitgliederzahl nicht in Erfüllung gingen. Wir haben im vergangenen Jahre die halbe Million Mitglieder nicht erreicht. Die höchste Zahl sei 495 097 gewesen. Ende 1919 hatten wir 428 003 Mitglieder. Im ersten Vierteljahr 1920 hatten wir 469 544, im zweiten Vierteljahr die bereits genannte Höchstzahl, im dritten Vierteljahr 488 516 und im vierten Vierteljahr 465 744 Mitglieder. In den einzelnen Bezirken schwankte die Zahl des Verbands. Während der Bezirk Stuttgart diesen im ersten Vierteljahr erreichte, hatten die Bezirke Stettin, Berlin, Magdeburg, Erfurt, Frankfurt, Hannover, Bremen, Hamburg, Kassel, Dresden, Leipzig, Nürnberg, München, Karlsruhe diesen im zweiten Vierteljahr und die Bezirke Königsberg, Dortmund und Köln im dritten Vierteljahr. In den ersten 6 Monaten des Jahres 1921 haben wir bereits wieder eine Mitgliederzunahme von rund 3000 zu verzeichnen.

Die Arbeitslosigkeit ist in den letzten Monaten sehr gewachsen. Sie liegt von 18 749 arbeitslosen Mitgliedern am 25. Oktober 1920 auf 57 400 am 14. Februar 1921. An dieser letzten Ziffer sind die einzelnen Bezirke in Prozenten ihrer Mitgliederzahl wie folgt beteiligt: Königsberg mit 30,3 %, Danzig mit 33,4 %, Stettin mit 17,8 %, Breslau mit 13,6 %, Berlin mit 13,5 %, Magdeburg mit 1,8 %, Frankfurt mit 6,6 %, Erfurt mit 8,9 %, Köln mit 8,7 %, Dortmund mit 0,3 %, Hannover mit 3 %, Bremen mit 5,6 %, Hamburg mit 12,9 %, Kassel mit 18 %, Dresden mit 26 %, Leipzig mit 21 %, Nürnberg mit 26,7 %, München mit 10,2 %, Stuttgart mit 22,5 %, Karlsruhe mit 4,4 %. Im Gesamtverband waren am 14. Februar 12,25 % unserer Mitglieder arbeitslos.

Die Arbeitslosigkeit nimmt selbstverständlich die Forderungen des Verbandes in großem Maße in Anspruch. Trotz alledem ist jedoch das Verbandsvermögen seit 1. Februar 1920 um 7 464 893 M. gestiegen, so daß es am 20. Februar 23 1/2 Millionen Mark betrug. Zwar ist der Winter noch nicht vorbei, doch dürfen wir annehmen, daß dauernd an Mitgliederbeiträgen sowie einkommen wird, wie wir ausgehen haben. Für den Sommer dürfen wir wohl eine weitere Vermögenssteigerung erwarten. Bei den obengenannten Zahlen ist in Betracht zu ziehen, daß wir im Januar und Februar dieses Jahres noch 2 094 180 M. Zuschuß an Streikunterstützung geleistet haben. Das ist natürlich nicht die ganze Summe, die an Streikunterstützung ausgeflossen wurde.

Paepelow kam dann auf die Unstimmigkeiten zu sprechen, die innerhalb des Verbandes durch das Streben der Kommunisten entstanden sind. Da diese Dinge bereits durch den „Grundstein“ bekannt geworden sind, erwähnte ich hier die ausführliche Wiedergabe dieser Mitteilungen. Bedenklich sei, daß die Teilnehmer an der Konferenz in Halle nicht den Mut haben, zu bekennen, daß sie dort waren. Der Verein Halle war offiziell nicht auf der Konferenz vertreten, obwohl als sicher anzunehmen sei, daß von dort ein großer Teil der Vorarbeiten für die Konferenz geschähe. In Wertheim sei der doch gewiß radikale Kollege Wenschel nicht als Geschäftsführer wiedergewählt worden, weil er eben noch Sinn für gewerkschaftliche Disziplin habe. In Berlin habe man in der Generalversammlung eine Protestresolution gegen den Verbandsvorstand beschloffen und außerdem darin die Einberufung eines außerordentlichen Verbandstages beantragt. Eine ähnlich lautende Entschließung sei dem Vorstand auch noch aus 8 anderen Vereinen zugegangen. In Berlin habe man sich ferner und Brandler als Referenten gewählt. Beide seien nicht mehr Verbandsmitglieder; es sei daher ein ganz eigenartiges Verfahren, das die Berliner Generalversammlung beschloß. Nun solle der Verbandsvorstand in einer großen Zusammenkunft in Berlin mit Gerdert und Brandler über ihren Ausschuß diskutieren. Das werde natürlich nicht geschehen. In unserer Sitzung sei der Weg gezeigt, der aus den ausgesprochenen Meinungen offenstehe, um den Ausschuß rückgängig zu machen. So wie in Berlin stehe es auch in einigen anderen Vereinen. Der Vorstand habe berechnete Zweifel, daß zum Beispiel der jetzige Vereinsvorstand in

Chemnitz so wirtschaftlich, wie er versprochen. Bisher seien noch nicht die schärfsten Mittel ergriffen, um die notwendige Ordnung wiederherzustellen. Dazu brauche der Vorstand die Ermächtigung durch den Beirat; es könne notwendig werden, einen Verein unter Zwangsverwaltung zu setzen oder ihn aufzulösen und neu zu gründen. Er stelle deshalb einen dementsprechenden Antrag.

In der Aussprache machte Koch, Magdeburg, Mitteilung von den Zuständen in den Vereinen Halle, Wittenberg und Wertheim. Zum Teil haben sich Kollegen, die nicht auf kommunistischem Boden stehen, bereits dahin verständigt, wie sie die Vertreibung vom halbsowjetischen Reich erreichen und das Wiederaufleben geordneter Vereinsaktivität herbeiführen können. In einem Bezirksverein hat der Vorsitzende, der Kommunist ist, Anstalten getroffen, um dem Verband das am Orte befindliche Partei zugewandt werden damit es der kommunistischen Partei gegenüberstehe. Nach seiner Meinung müsse der Antrag des Vorstandes angenommen werden. — Merkel, Nürnberg, hat die Befürchtung, daß unsere Unterstützungsfähigkeit auf die Dauer im Verhältnis zu den Beiträgen zu hoch seien. Er teilt nicht die Ansicht Paepelows, daß wir im laufenden Jahre eine Vermögenssteigerung haben werden. Es dürfe nicht dahin kommen, daß wir ausstehende Lohnkämpfe wegen Mangels an Mitteln abbrechen müßten. Wenn wir zu einem Sonderbeitrag kommen sollten, so müßten wir die Vorbereitung dazu rechtzeitig treffen. Hinsichtlich der kommunistischen Kreise ist er der Ansicht, daß wir energisch vorgehen müssen, um die Zersplitterung des Verbandes zu verhindern. Er himme dem Antrag des Vorstandes zu. Lehmann, Berlin, sprach über die undisziplinierten Zustände im Verein Berlin. Diese Zustände sind dort seit längerer Zeit, seit Jahren, emporgeschossen. Nicht etwa die Verweigerung von Streikurlauben ufm. durch den Vorstand trage daran die Schuld. Vielmehr haben viele Berliner sich seit Jahren systematische Mißachtung von Statut und Streikreglement angewöhnt. In den Mitgliederversammlungen wird so entschieden, wie das kommunistische Parteibureau vorher anordnet hat. In der Versammlung, in der Gerdert und Brandler gesprochen haben, habe ersterer erklärt, daß sein Ausschluß doch nicht so zu bewerten sei wie der eines gewöhnlichen Mitgliedes. Das habe allerdings in der Versammlung selbst lauten Widerspruch erregt. Komme es in Berlin zu einer Spaltung, so sei nicht etwa der Verein verloren, sondern höchstens ein Viertel der Gesamtmitgliedschaft. Die Mehrheit sei der Ansicht, daß der Verbandsvorstand ganz energisch aufzutreten müsse, um die Ordnung im Verbande aufrechtzuerhalten. Sie wünschte, daß der Vorstand eine klare und bestimmte Erklärung herausgäbe, unter welchen Bedingungen Vereine, Mitglieder oder Geschäftsführer ihre Tätigkeit für den Verband ausüben dürfen. Jacob, Leipzig, ist gleichfalls der Ansicht, daß nun, da die Kommunisten zum Angriff gegen die Einheit des Verbandes vorgegangen seien, mit ihnen reiner Zirk gemacht werden müsse. Da der Beirat von sich aus keine Vollzugsbefugnis habe, so müsse er dem Verbandsvorstand gegen entsprechende Vollmachten zustimmen. Gützmann, Frankfurt, ist mit Merkel der Ansicht, daß wir uns beizeiten überlegen müssen, ob unsere Beiträge ausreichend sein werden. Er sei ebenfalls der Ansicht, daß für die Sozialisierung mehr Mittel geschaffen werden müssen. Die Verbandsleitung und die Bezirksleitungen müßten aber darauf achten, daß nicht unbedachtig Verbandsmitglieder für soziale Kausen abgegeben werden. In den Kreisläusen der Kommunisten wolle er nur sagen, daß man in einigen Vereinen nicht rechtzeitig aufgemerkt habe, sonst hätte es nicht zu den unselbständigen Dingen kommen können. Wie steht es aber nun mit dem Geist, der im Gewerkschaftsbund herrscht? Geben die dort entstandenen Verfassungen nicht den Kommunisten Agitationsstoff genug? Wie steht es um den Dauerverbund? Es ist doch Tatsache, daß außer dem unsern fast keiner der Verbandsverbände ihn ernsthaft will. Daß alle auf ihrem rückwärtigen, günstigeren Standpunkt beharren. Darf man sich da wundern,

wenn vorwärtsdrängende Geister unter den Mitgliedern nun in ihrer Agitation weitergehen als gut ist. Ich halte den Karlsruher Beschluß, betreffend Neutralität, für Heuchelei und werde ihn mit Worten bekämpfen, solange er besteht. Solange er besteht, muß ich mich allerdings in der Praxis mit ihm abfinden. — Schauer, Gletlin, ist damit einverstanden, daß der Beirat dem Vorstand die gewünschte Vollmacht erteilt. In der Rede Güttemanns vermehrt er druckbare Vorschläge, wie ohne Ausschüsse ufm. Besserung erzielt werden kann. Der von ihm empfohlene Kampf mit rein geistigen Mitteln werde auf der Gegenseite mit Druckprüfungen beantwortet, die sie mit Vorliebe auf die Freunde von gestern werfen. Für uns handle es sich darum, die Disziplin aufrechtzuerhalten. Wer zum Schluß siege, der solle wenigstens dem Gegner nachsagen können, daß man nicht gekämpft worden sei. — Paeplov: Ob wir mit unseren jetzigen Beiträgen gut fahren oder nicht, das vermag heute niemand mit Sicherheit zu sagen. Erst in einem Zeitraum von einigen Jahren wird man darüber Bestimmtes sagen können. Ich habe aus Grund der Erfahrungen der letzten Monate die Hoffnung, daß wir mit dem Beiträge gut auskommen, obwohl ich gerade nicht mit so großen Ausgaben für Streits gerechnet habe. Nicht von den anderen Unterstüßungsarten, sondern von dem Umfang der Streikunterstützung wird es abhängen, ob wir auskommen oder nicht. Das kann uns natürlich nicht abhalten, Streiks, wenn sie nötig und unabweisbar sind, zu führen. Wir haben heute im Verhältnis zu den Beiträgen die höchste Streikunterstützung von allen Verbänden. Es ist selbstverständlich, daß von dem Verbandvermögen, sowohl der Vereine als des Gesamtverbandes, ohne besonderen Beschluß nichts für die Sozialisierung hergegeben wird. Aber große Vereine haben heute hunderttausende Mark in ihren Kassen, die sie nicht direkt für die Verwaltung benötigen. Dieses Geld können sie doch besser in unsern eigenen Betrieben als in kapitalistischen Privatbanken zinsbringend anlegen. Die gewünschten Richtlinien für die Tätigkeit im Verband haben wir bisher nicht aufgestellt. Der Vorstand stellt sich nach wie vor auf dem Standpunkt, daß jeder Bauarbeiter unabhängig seiner politischen oder religiösen Überzeugung Verbandmitglied sein kann. Aber wer mit Gewalt erstrebt, die Gewerkschaft in den Strudel bürgerlicher Kämpfe hineinzuziehen, der kann nicht im Verband bleiben. Es ist klar, daß die Gewerkschaften dann, wenn die Arbeiterbewegung in ihrer Mehrheit kommunistisch gerichtet ist, in diesem Sinne verwandelt werden müssen. Das würde ganz von selbst kommen. Aber dieser Zustand kann möglicherweise nur durch zeitgemäße Entwicklung eintreten, nicht durch Diktatur. Die Kritik Güttemanns am Gewerkschaftsbund ist wohl nur zum kleinen Teil berechtigt. Aber das es so ist, liegt wohl weniger an der Leistung des Bundes als an dem Geist, der in den Gewerkschaften noch herrscht. Wenn wir mit dem Bauwerkverbund nicht weiterkommen sind, so liegt das doch wohl nicht an uns. Zu dem, was Gerdert und Brandler jetzt reden, muß man sagen, daß Gerdert entweder verrückt geworden ist oder daß er ganz unglücklich ist. Paeplov hat nach seiner Angabe einen ermunternden Brief an Hindenburg geschrieben. Es wird noch immer behauptet, wir hätten für mehrere Millionen Mark Kriegsanleihe gezeichnet. Tatsächlich haben wir nicht für einen Pfennig Anleihe gezeichnet. Paeplov hat nach Gerdert den Krieg verlängert. Jeder, der die Tätigkeit des Vorstandes, ich eingeschlossen, kennt, weiß, daß in seinen Handlungen niemand revolutionärer ist als wir; denn auf die Tat kommt es an. — Paeplov muß erschossen werden! sagt Brandler. „Noch muß gehängt werden!“ sagen seine Nachbeter in Halle. Das ist doch ein ganz altherres Gerede. — Hrens, Köln: Kollege Güttemann sollte doch einmal versuchen, Gerdert und Brandler durch geistigen Kampf umzuwandeln; er würde dann wahrscheinlich bald von seiner Ansicht zurück sein wie sein Freund Dittmann. Wir sollten in unsern Zusammenkünften den Bauwerkverbund propagieren. Gortier, Karlsruhe, wünscht, daß ein Auszug aus dem Streikbericht veröffentlicht wird, aus dem hervorgeht, wie viel Kosten uns die eigenen Streiks und die sogenannten Ruffschreie verursacht haben. Nach seiner Schätzung werden die letzten die Hauptsummen ergeben. Auch er ist dafür, daß dem Vorstand die beantragte Vollmacht gegeben wird. Der geistige Kampf in der von Güttemann gewünschten Weise sei ausgeschlossen. Ruppert: Kollege Werfel hat gesagt, daß sich dem Vorstand der Verbandsvorstand zu günstig bei der Streikgenehmigung gemessen sei, und daß daher die Zustimmung unter den Mitgliedern entfallen sei. Ich muß das bestreiten. In einer Reihe von Einzelfällen weiß ich, daß die Beschlüsse auch nach Ansicht des Bezirksausschusses durch einen Streit nicht für die Kollegen zu erreichen war. Zu den kommunisistischen Untrieben bemerkt Gerdert, daß Güttemann anscheinend ein unüberwindlicher Illusionist sei, wenn er glaube, durch den Kampf mit geistigen Mitteln gegen den von den Kommunisten geleiteten Kampf mittels Lüge und Gefährlichkeit aufzukommen. Silberjohnd: Es ist erfreulich, daß unsere Finanzlage verhältnismäßig gut ist. Wir sollten uns aber nicht allzu sehr in Sicherheit glauben. Anscheinend hat die Welt heute noch nicht ihren Höhepunkt erreicht. Wenn die Krisenwelle von England, Amerika usw. auch zu uns kommt, haben wir wahrscheinlich mit noch größerer Arbeitslosigkeit zu rechnen. Das sollte uns veranlassen, mit unserm Vermögen jetzt möglichst sparsam umzugehen. Wegen der Art, wie die Kommunisten kämpfen, nützen nur geistige Waffen nichts. Kollege Güttemann weiß doch, daß die Schwierigkeiten bezüglich des Zusammenflusses mehrerer Gewerkschaften zu einem großen Bund nicht nur im Bauwerk bestehen, sondern auch in anderen Gewerben. Wir müssen hier leider die Entwicklung abwarten. Der Gewerkschaftsbund unterstützt alle diese Verbände auf zum Teil unheimlichem Maß. Wir sollten nicht bedenken, daß die Aufgaben der Gewerkschaften nach dem Krieg größer geworden sind als früher. Die von uns zu lösende Wirtschaftspolitik stellt uns vor große Probleme, zu deren Erhellung wir nicht immer die nötigen Kräfte haben. Wir können in der Aufstellung von Forderungen mit den Kommunisten nicht in Konkurrenz treten; denn wenn wir solche aufstellen, so müssen wir ihre Durchführung erzwingen, während jene sich nicht um die Durchführung kümmern, sondern nur propagandistische Zwecke verfolgen. Gillingen ist gegen besondere Richtlinien für das Verhalten innerhalb des Verbandes. Nach seiner Meinung haben wir diese Richtlinien in der Verbandsfassung und in den Verbandsstatuten festzulegen. Wer dagegen vertritt, sie mit vollem Bewußtsein nicht beabsichtigt, der gehört nicht in den Verband. Güttemann: Ich will die Einheit des Verbandes. Es ist nach der Frage, wer von uns der größere Illusionist ist. Gerdert und Brandler werden wir allerdings nicht mit geistigen Mitteln überzeugen. Wir sollten aber das geistige Niveau unserer Mitglieder heben.

Deutsche Hochhäuser (Office-Gebäude).

Von Friedrich Huth, Architekt.

Es ist schon häufig in der Presse die Frage erörtert worden, ob es nicht auch unter den gegenwärtigen Verhältnissen ganz zweckmäßig wäre, in den höchsten Geschossten Himmelsträger nach amerikanischem System zu errichten. Die meisten Autoren, die sich mit dieser Frage beschäftigt haben, kennen aber wahrscheinlich die Zustände nicht, die in den Geschäftsvierteln von New York, Chicago, St. Louis und anderen amerikanischen Großstädten gerade infolge dieser bei einander stehenden Hochhäusern entstanden haben; sie haben diese Hochhäuser nicht gesehen. Ich kenne diese Häuser und den amerikanischen City-Verkehr aus eigener Anschauung und kann nur abraten, diesem Beispiel zu folgen. Aber eine ganz andere Frage ist es, ob man nicht Geschäfts- und Bureaugebäude von 8 bis 10 Stockwerken in Städten wie Berlin, Breslau, Leipzig, Hamburg, München usw. errichten sollte. Die Hochhäuser in New York und Chicago haben ja 30 bis 50 Stockwerke. Ein Bureaugebäude von 30 bis 40 m nicht zu übersteigen, und wenn die Errichtung solcher Gebäude nur in breiten Straßen und an freien Plätzen gestattet wird, so kann den Räumen Licht und Luft in ausreichendem Maße zugeführt werden. Die Errichtung zersplitterter Gebäude wird unsern Baumeistern auch nicht erheblich größere konstruktive Schwierigkeiten als der Bau von fünfstöckigen Häusern bereiten. Wichtig ist nur, daß die Fundierung der Hochhäuser umständlicher und kostspieliger wird, aber man wird natürlich in der Regel tiefer in den Grund hineingehen; also namentlich 2 oder 3 wohlausebaute Kellergeschosse anlegen, wie sie für größere Geschäftsgebäude ohnehin notwendig sind — aber von außerordentlichen technischen Schwierigkeiten kann keine Rede sein.

Weshalb brauchen wir aber bezugslose Hochhäuser? Im unsern drückenden Wohnungsmangel in den Großstädten abzuhelfen. Es sollen nicht etwa in diesen Hoch-

häusern Mietwohnungen untergebracht werden — daran ist gar nicht zu denken; es handelt sich vielmehr darum, durch Unterbringung zahlreicher geistlicher Unternehmungen in derartigen Hochhäusern viele große, jetzt in bescheidenen Wohnungen bewohnte für Wohnzwecke frei zu machen. Um zu erkennen, um wieviel eine Vergrößerung der Wohnräume es sich hierbei handelt, muß man sich die Entwicklung der Großstädte in den letzten Jahrzehnten vergegenwärtigen. Gebäude, die ausschließlich geistlichen Zwecken dienen, gab es früher in Berlin und anderen Großstädten überhaupt nicht. Die ersten geistlichen „Hochhäuser“ im Innern der Stadt bestanden im 18. Jahrhundert in den Obergeschossen der Wohnhäuser. Je mehr sich das Geschäftsleben in der inneren Stadt entwickelte, um so mehr waren die Interessenten bemüht, hier die Wohn- in Geschäftsräume umzuwandeln; und die Haus-eigentümer waren natürlich bereit, zu diesem Zweck zu verkaufen. Auch für Anwälte, Versicherungsgesellschaften, Agenturen auswärtiger Häuser, verschiedene Verwaltungsbüros usw. war es von Vorteil, ihre Büros in diese vergrößerten Räume zu verlegen, und so wurden allmählich ganze Straßenzüge von Wohngebäuden mit Räumen in wirtschaftliche Geschäftshäuser verwandelt. Während der Kriegsjahre wurde es ferner notwendig, Bureauräume für neue Unternehmungen, Kriegsgesellschaften, neue Verbände usw. zu gewinnen. So bedient sich die ausschließlich oder vornehmlich von Geschäftshäusern dieser Art eingenommenen Viertel immer weiter aus; die Wohnungsmieter bis schließlich auch hier in die äußeren Bezirke gedrängt, blickt. Das ist der gegenwärtige Zustand. All diese von eingenommenen Räume sind größtenteils hell, gesund, mit allem Komfort ausgestattete Wohnungen. Es kam einem viel beschäftigten Anwalt oder dem Vertreter einer großen Firma natürlich gar nicht darauf an, eine Zeder- oder

Nachstehende Entschädigung wurde gegen eine Stimme angenommen:

„Der Beirat des Deutschen Bauarbeitersverbandes billigt die Maßnahmen des Verbandsvorstandes zur Aufrechterhaltung der Einheit und Geschlossenheit des Verbandes. Er beauftragt den Verbandsvorstand, auch fernerhin ein nachsames Auge auf alle jene Untriebe zu haben, die auf Sonderbündel innerhalb des Verbandes und damit auf eine Zersplitterung des Verbandes hinauslaufen. Der Deutsche Bauarbeitersverband ist parteipolitisch neutral. Es können und sollen in ihm die Bauarbeiter aller politischen Richtungen, Weltanschauungen und Religionsgemeinschaften zusammenwirken. Die Voraussetzung für die Mitgliedschaft ist jedoch die Anerkennung der Verbandstagsbeschlüsse und der Verbandsfassung.“

Wer sich den Verbandsratsbeschlüssen, der Verbandsfassung und den darauf begründeten Anordnungen des Verbandsvorstandes nicht fügt, wer den Verband beschimpft und belächelt, wer innerhalb des Verbandes „Zellen“ bildet, dem Verbandsvorstand oder den rechtmäßig gewählten Einsprechern der politischen Parteien abhängig oder beeinflusst Gegenpersönlichkeiten entgegensteht oder entgegenzusetzen versucht, oder wer sonst verbandsfremde Bestrebungen fördert, stellt sich damit außerhalb des Verbandes; er muß seinen aus dem Verband nicht selbst resultierenden Anteil an dem Verbandes aus diesem entfernt werden. Dies gilt sowohl für Einzelpersonen wie für Vereine. Der Verbandsvorstand fordert alle Mitglieder des Verbandes auf, den Verbandsvorstand in seinen Bemühungen zur Aufrechterhaltung der Einheit und Geschlossenheit des Verbandes zu unterstützen und alle Bestrebungen abzuwehren, die auf eine Zersplitterung des Verbandes oder auf seine Auslieferung an politische Parteien hinauslaufen.

Der Deutsche Bauarbeitersverband kann seine Aufgaben nur erfüllen als selbständige, von politischen Parteien unabhängige, demokratisch aufgebaute und nach dem Mehrheitsprinzip seiner Mitglieder geleitete Organisation.“

Paeplov machte hierauf Mitteilung über die geplanten Tagungsgruppenkonferenzen. Am Oktober 1919 fand die erste Konferenz der Poliere und Schichtmeister in Hannover statt. In den nächsten Tagen soll die zweite Konferenz stattfinden. Unsere Schichtmeister haben in der Zwischenzeit dringend die Gründung einer Schichtgruppe verlangt, damit sie auch endlich ihre Arbeitsbedingungen durch Tarifvertrag regeln können. Mit dem Polierbund haben wir mehrmals verhandelt wegen der Gründung des Bauwerkverbundes. Viele Aussicht für ein Aufgehen des Polierbundes in den Bauwerkverbund besteht allerdings nicht. Wir werden nun zur Gründung einer eigenen Tagungsgruppe der Poliere, Schichtmeister und Bauarbeiter kommen müssen. Dazu haben wir nach den Satzungen des Gewerkschaftsbundes das Recht; denn die meisten der Poliere, die heute bei uns sind, waren dies auch schon vor dem Beitritt des Polierbundes zum Gewerkschaftsbund. Zahlreich haben wir nicht so viele Poliere, aber mehr Schichtmeister und Bauarbeiter als der Polierbund. Mehrere hoffen, daß der Beirat mit der Gründung einer Schichtgruppe einverstanden ist. Der Entwurf von Richtlinien für die Tagungsgruppe lag dem Beirat vor. Paeplov wies darauf hin, daß wir wahrscheinlich auch für die Tiefbauarbeiter eine besondere Schichtgruppe bilden müssen. K. H. J., Darmstadt, teilte mit, daß der dortige Tiefbauausschuß vollständig mit den Richtlinien einverstanden sei. Der örtliche Verband habe einen Polier besonders für die Agitation unter seinen Baukollegen freigestellt. Gortier ist mit der Gründung einer Tagungsgruppe für Poliere und Schichtmeister einverstanden. Für die Tiefbauarbeiter hält er jedoch die

Schichtmietenwohnung, die gerade zur Verfügung stand, für Bureauzwecke zu mieten, selbst wenn er mit 2 oder 3 Mann bequem hätte auskommen können. Und in ebenso beschwerdener Weise versuchen natürlich Industriegesellschaften, Behörden usw. Manche Räume, wie Küchen, Bäder, Antiklosetts usw., werden zum Teil gar nicht benutzt, oder nur zur Aufstellung aller Arten verwendet. In und neben diesen Räumen, die Hochhäusern dienen zum großen Teil unbenutzt. Es wäre also zwecklos, so großen praktischen Werte, diese Wohnungen wieder ihren ursprünglichen Zwecken zuzuführen und die Bureauausnutzung zu vergrößern. Hochhäusern unterzubringen, die den geistlichen Zwecken von vornherein angepaßt sind.

Sehr häufig wird auf die größere Feuergefahr der amerikanischen Himmelsträger hingewiesen. Aber man braucht ja dem New Yorker oder Chicagoer Vorbild nicht nachzublicken zu folgen. Auf der Insel Manhattan leben einige Hundert Himmelsträger ziemlich dicht beieinander, und doch sind mehr als 50 über 30 Stockwerke hoch. Die großen Menschenmengen, die alljährlich in diesen 30, 40 und 50 Stockwerken der Hochhäuser aus- und eingekehrt werden, haben sich nie in einer großen Gefahr befunden. Es war nicht einmal die Frage, ob Gebäude von 8 bis 10 Stockwerken, die in allen Teilen dem Brandschutz hinreichend zugänglich gemacht werden können, hier in der Lage sind, Personen allein ihrer eigenen Entzündung wegen besonders feuergefährlich zu sein. Es ist auch nicht zu befürchten, daß der Verkehr in den Geschäftsstraßen durch derartige Bureaugebäude so enorm zunehmen wird, daß er irgendwo mit demjenigen des Broadway in New York zu vergleichen wäre. Dort entwickelt sich ja der Verkehr zu Ende der Geschäftszeiten infolge der vielen Tagungen und Besprechungen in den Geschäftsgebäuden ein- und aus, und wenn die Fußgänger und Züge die Massen auf der Straße nicht, um sie zu befördern. Die umgebende

Gruppe nicht für zweckmäßig. Carl, München, ist hinsichtlich der Tiefbauarbeiter der gleichen Ansicht wie Gortler. **Besondert:** Die Stellung der beiden Vorredner ist erheblich aus den Verhältnissen in ihren Bezirken. Dort werden seit Jahrzehnten die Giffarbeiter geringer entlohnt als die Tiefbauarbeiter. Anders aber ist es in Mitteldeutschland und im Norden. Man soll die agitatorische Wirkung der Tagungsgruppenbildung für die Tiefbauarbeiter nicht unterschätzen. **Dehmann, Berlin:** Wir befechtigen keine Nachteile für den Hochbau von der Gründung einer Reichsgruppe der Tiefbauarbeiter. Ich halte sie sogar für notwendig. Die Spezialisierung bei den Tiefbauarbeitern ist sehr weit vorgegeschritten. Rietze, Königsberg: Die Bildung einer Gruppe der Arbeiter und Schachtmeister wird noch viel Erziehungsbildung bei unseren Kollegen kosten. Aber sie muß getan werden. Die Zweckmäßigkeit einer Gruppe für Tiefbauarbeiter vermag ich nicht einzusehen. **Raplow:** Wir sind uns also über die Notwendigkeit einer Reichsgruppe der Bauvermeister (Halter, Schachtmeister und Vorarbeiter) einig. Ferner soll am 6. März eine Reichskonferenz der Eisenbahner stattfinden. **Spante (Vorschlagsvorsitzender)** erklärte, daß seines Wissens die Eisenbahner wegen Mangels an Arbeitsstellen sehr gering beschäftigt seien. Er verheißt nicht, warum in der jetzigen Zeit eine Konferenz stattfinden müsse. **Deutsch** erklärte die Gründe, die für die Konferenz sprechen.

Zu den Verhandlungen über die Ferien für Bauarbeiter, wie sie im Reichsarbeitsvertrag vorgesehen sind, erging es **Raplow** die vorliegenden Schriftsätze durch einige mündliche Mitteilungen. Bei den Unternehmern besteht keine Neigung, die Bestimmung des Reichsarbeitsgesetzes zu erfüllen. Dazu hat der Reichsverband für das Baugewerbe Einspruch erhoben gegen die Vereinbarkeitsklärung des Reichsarbeitsgesetzes für das Baugewerbe, und umgekehrt der Reichsverband für das Baugewerbe in Bezug auf den Vertrag für das Baugewerbe. Den Grund dafür suchen sie darin, daß beide Verträge in einigen weniger wichtigen Punkten (Bewährung der Ferienstunden bei schlechtem Wetter und Bestimmung über das Baubetriebesverweilen) nicht übereinstimmen. Wenn aber die Arbeitsverträge nicht für verbindlich erklärt werden, glauben die Unternehmer, die Ferien mit Recht ablehnen zu dürfen; denn es besteht in diesem Falle keine Möglichkeit, auch die unorganisierten Unternehmer zu den Ferienkosten heranzuziehen. Nun haben die Unparteilichen uns einen Vorschlag gemacht, der die Lösung bringen soll. Danach soll der Unterschied in den beiden Arbeitsverträgen beseitigt werden dadurch, daß die dem Hochbauvertrag unterliegenden Arbeiter hinsichtlich der Bewährung von Abwesenheiten ausgesetzt nicht mehr der Reichsverband auf sich nehmen, während der Tiefbauarbeitern in gleichem Maße eine Verbesserung zugute kommen soll. Dann sollen die Unternehmern ihre beiderseitigen Einsprüche zurückziehen. Sind die Reichsarbeitsverträge für allgemeinverbindlich erklärt, so soll auf Kosten der Arbeitgeberverbände eine Ferienkasse gebildet werden. Jeder Unternehmer soll für jede geleistete Arbeitsstunde eines Arbeiters 20 Pf. in diese Kasse zahlen, deren Verwaltung die Arbeitgeberorganisationen übernehmen sollen. Grundsätzlich hat nach diesem Vorschlag jeder Bauarbeiter Anspruch auf Ferien. Grundsätzlich soll jeder Anspruch geltend gemacht werden können, wenn der Arbeiter vom 1. Februar 1920 an mindestens 40 Wochen im Baugewerbe gearbeitet hat. Der Verbandsvorstand hält die vorgeschlagene Form der Ferienkasse vorläufig für unmöglich. Selbst wenn wir die Unmöglichkeit, die Bureaueinrichtung u. dgl. für diese Kasse in wenigen Wochen zu schaffen, außer Betracht lassen, so ist doch als wichtigstes Moment zu beachten, daß die

Arbeitsverträge keine Dauereinrichtung sind. Wir wissen nicht, ob wir nach dem Ablauf der jetzigen Verträge neue Verträge abschließen können. Tritt ein vertragsloser Zustand ein, so hängt die Ferienkassen in der Luft. Wir halten es also für unmöglich, daß wir jetzt diesem Vorschlag zustimmen können. Der Reichsverband würde, daß die Ferienkassen durch einen Gesetzgeber obligatorisch würde. — Besondere Schwierigkeiten haben wir wegen des Tiefbauvertrages noch, weil sich der Reichsverband für das Baugewerbe an ein Wort Kammerl, das nur durch einen Druck- oder Schreibfehler in den Vertrag hineingekommen ist.

Die **Usp. Sprache** ergab, daß der Reichrat grundsätzlich auf dem Standpunkt steht, die Bauarbeiter haben berechtigten Anspruch auf Ferien. Er hält jedoch den Vorschlag der Unparteilichen zurzeit für undurchführbar. Der Reichrat kann die Verantwortung für eine Veränderung der Verträge hinsichtlich der Bewährung der Ferienstunden an Regierungen nicht übernehmen. Er muß daher den Vorschlag der Unparteilichen ablehnen. Der Verbandsvorstand wird beauftragt, eine andere Regelung der Ferienangelegenheit zu erfinden.

Raplow teilte hierauf mit, daß die Jugendabteilung des Vereins Leipzig den Antrag gestellt habe, in nächster Zeit eine Konferenz der Jugend des Deutschen Bauarbeiterverbandes einzuberufen. Nach seiner Erfahrung werde in vielen unserer Vereine zu wenig für die Bildung der jugendlichen Kollegen getan. Die Vereinsleistungen werden sich mehr um das Seelenleben der jungen Berufsgenossen kümmern müssen. Ob und wann eine Konferenz stattfinden könne, werde im Vorstand noch näher erörtert werden.

Hierauf wurde die Entsendung von Kollegen auf die Arbeiterakademie in Frankfurt a. M. besprochen. Der Verbandsvorstand hat grundsätzlich beschlossen, Verbandsmitgliedern Gelegenheit zur Fortbildung zu geben. Gegenwärtig sind 109 Bewerbungen. Kollege **Gellinger** sagt, daß nach den Bewerbungsverfahren zu urteilen, die überwiegende Mehrheit der Bewerber nicht in Betracht kommen könne. Allenfalls seien 15 Bewerber geeignet, von denen wir wahrscheinlich in diesem Jahre nur 5 entsenden könnten. In den nächsten Wochen wird der Verband eine Agitationsflugschrift herausgeben, die an alle Kollegen in Deutschland verteilt werden soll.

Raplow machte dann noch Mitteilung über die letzten Verhandlungen mit dem französischen Bauarbeiterverband wegen der Beteiligung deutscher Bauarbeiter an den Wiederaufbauarbeiten in Frankreich. Die französischen Bauarbeiter haben den Wunsch, daß deutsche Arbeiter bei den Wiederaufbauarbeiten helfen. Deutsche Unternehmer sollen jedoch ausgeschlossen werden. Die deutsche Wiederaufbauarbeit soll von der deutschen Regierung in die Wege geleitet und unter Benutzung sozialer Betriebe durchgeführt werden. Da wir die gleichen Forderungen schon häufig erhoben haben, wurde ein Einverständnis mit dem Vertreter des französischen Bauarbeiterverbandes sehr bald erzielt. Wir müssen uns aber darüber klar sein, daß die beiden Regierungen und erst recht die Unternehmer dieser Länder diesen Plan bekämpfen werden mit allen Mitteln. Nach dem Wunsch der französischen Kollegen sollen etwa im Wiederaufbaubereich beschäftigte deutsche Bauarbeiter sich zu Sektionen des französischen Bauarbeiterverbandes zusammenschließen. Sie sollen aber auch zugleich Mitglieder des Deutschen Bauarbeiterverbandes bleiben. Die deutschen Verfügungsorgane sollen auch für deutsche Bauarbeiter in Frankreich in Kraft bleiben.

Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten wurde die Konferenz geschlossen.

WAPP.

Nach den in letzter Zeit gebräuchlichen Sprachformen versteht man unter den obenstehenden Buchstaben: „Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands“. Nach den Erfahrungen, die wir besonders in den letzten Wochen mit der Wahrheitliebe der Kommunisten machten, legen wir der Klärung jedoch jetzt eine andere Bedeutung unter. Wir nennen sie in Zukunft: „Vereingete Arbeiter Deutschlands“. Zu den Glanzleistungen dieser Jünger des Dadaismus von Moskau gehört die lächerliche Verunglimpfung unseres Verbandsvorsitzenden **Früh Raplow**. Alles, was den WAPP. in unsern Verband oder in der gesamten deutschen Arbeiterbewegung nicht gefällt, und das ist so ziemlich alles, hat nach ihnen **Früh Raplow** verschuldet. Wir haben nicht nötig, unsern Verbandsvorsitzenden in Schutz zu nehmen gegen die Predigten der WAPP. Unsere Kollegen wissen in den meisten Fällen sehr gut, was sie von der Sägenessigkeit zu halten haben. Nachschneidung wäre es auch dem Kollegen **Raplow** sehr unlieb, wenn wir den Namen unseres Vorgesetzten dazu benutzen, um ihn persönlich zu beschämen. Über den Verbandsvorsitzenden ist der Erste unter Gleiches und alle Kameraden gegen ihn treffen mehr oder weniger jedes Verbandsmitglied, das es ernstlich mit unserer Organisation meint. Wir halten es deshalb für zweckmäßig, hier mitzuteilen, daß alle Artikel im „Grundstein“, die als WAP. gegen die Angriffe jener WAPP. geschrieben wurden, dem Verbandsvorsitzenden nicht früher bekannt wurden als anderen Verbandsmitgliedern. Die Verantwortung dafür trägt die Schriftleitung. Eine Ausnahme machen natürlich die vom Vorstande direkt unterzeichneten Aufsätze zu der WAP. Angelegenheit **Hedert, Brandler, Bachmann**.

Nun wollen wir an einigen Beispielen zeigen, wie unverschämte die WAPP. zunächst die deutschen Bauarbeiter und darüber hinaus die gesamte Arbeiterchaft anliegen. Als Unterlagen benutzen wir heute nur den Bericht der „Roten Fahne“ über die Konferenz in Halle. Einen Teil der dort aufgestellten Thesen hat der Verbandsvorstand schon in Nummer 9 des „Grundstein“ gekennzeichnet; wir brauchen deshalb nicht mehr alles zu erwähnen. In dem Bericht der „Roten Fahne“ wurde behauptet, daß 68 unserer Vereine aus der Konferenz vertreten waren. Es ist in Nummer 9 schon erwähnt worden, wie weit diese Behauptung erlogen ist. Wenn irgendein Berichtsfalter, der unsere Verbandsbeinrichtungen nicht kennt, die Behauptung aufgestellt hätte, würden wir schreiben: Der Mann hat sich geirrt! **Bachmann, Hedert und Brandler** wissen aber als ehemalige Angehörige, wie unsere Organisation beschaffen ist; sie wissen, daß sie Orte als Zweigvereine bezeichnet haben, in denen nicht einmal eine Zahlstelle des Verbandes besteht. Weiter heißt es in dem Bericht: „Der Schweizerische Bauarbeiterverband hatte drei Delegierte entsandt...“. Dazu schrieb uns der Vorstand des genannten Bundesverbandes unaufgefordert:

Es ist uns mitgeteilt worden, daß der Schweizerische Bauarbeiterverband zu der Separatistenkonferenz in Halle eine Delegation von 3 Mann entsendet habe. Wir erklären diese Berichte für unrichtig. Wir wissen nicht, daß von Basel 3 Maler an dieser Konferenz teilgenommen haben. Jedoch machen wir darauf aufmerksam, daß diese weder vom Schweizerischen Bauarbeiterverband noch von irgendeiner Verbandssektion, auch nicht von der der Maler in Basel delegiert waren und ganz auf eigene Faust an

füllung der Straßenzüge und Bahnen, das Slauen und Steden des Wagens, und Fußgängerüberwege und allfällige Unfallsfälle werden hier schon als etwas Selbstverständliches und Unvermeidliches hingenommen. So liegen bei uns die Verhältnisse nicht. Wir brauchen Hochgebäude, aber keine Himmelstempel.

Die Idee zur Ausführung großer Bureaugebäude liegt gleichsam in der Luft. Während ich diese Zeilen schreibe, kommt aus Dresden die Nachricht, daß voraussichtlich schon im kommenden Frühjahr dort mit dem Bau eines neuen Bürohaukes begonnen werden soll, dessen Baukosten 50 Millionen Mark betragen, und das eine für deutsche Verhältnisse ungewöhnliche Ausdehnung erhalten soll. Das Haus, das an der Kreuzung des Rings und der Seestraße, also mitten im Zentrum der Stadt errichtet werden wird, erhält eine Front von 200 m und eine Höhengröße von 7 Stockwerken. Es wird 1000 Bureauräume, 30 Kassen und zahlreiche größere und kleinere Säle für Festlichkeiten und Kongresse enthalten. Es wird ferner berichtet, daß sowohl die städtischen Behörden wie das Ministerium dem Unternehmen sehr sympathisch gegenüber stehen. Hier handelt es sich um nur 7 Stockwerke, woraus man entnehmen muß, daß das Bauunternehmen schon an sich sehr umfangreich ist. Wo es sich um Terrains von geringerer Ausdehnung handelt, wird man noch 2 oder 3 Stockwerke aufbauen können, ohne sich der amerikanischen Höheverrichtungen schuldig zu machen. Für Dresden ist sogar der Bau von 2 Hochhäusern von mehr als 20 Stockwerken geplant.

Hinsichtlich der Wahl der Baukonstruktion möchte ich hervorheben, daß natürlich alle tragenden Konstruktionen in Eisen und Eisenbeton ausgeführt werden müssen; sonst erhält man in den Untergrundschichten zu starke Wärmeverluste. In Amerika pflegt man zunächst auf den Fundamenten das vollständige Eisengerüst des ganzen Gebäudes zu errichten und abzubauen, so daß man an beliebiger Stelle mit dem Aufbau des Bauwerkes beginnen kann. Ich habe nicht selten gesehen, daß die Maurer das Eisengerüst in der

gehten oder vierzehnten Etage ausmauerten, während von den unteren Stockwerken noch nichts als das Eisengerippe zu sehen war. In architektonischer Hinsicht wird man allerdings hier nicht die amerikanischen Zuckmayer als Beispiele anführen können, obwohl es da einige ganz prächtige architektonische Lösungen gibt. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß von Herrn Professor Westmeyer ein achtstöckiges Hochgebäude für die Reichshandelsverwaltung entworfen wurde, welches die ungeteilte Zustimmung der Akademie des Bauwesens gefunden hat. Für mich interessiert es nicht den geringsten Grad, daß unsere Architekten alte und geistreiche Gebäude ebenso sicher zu gliedern und reizvoll zu gestalten wissen, wie Wohngebäude von 4 oder 5 Stockwerken. Sie würden sich der neuen Aufgabe nach der langjährigen Ruhepause sicher mit höchstem Feuerifer widmen und so für ihren Teil wesentlich dazu beitragen, durch den Bau von Hochhäusern für Bureauzwecke der herrschenden Wohnungsnot in wirksamer Weise zu begegnen.

Arbeit und Schlaf.

Der Schlaf ist von der größten Bedeutung für die Erhaltung der Arbeitskraft. Das ist jedoch nur dann der Fall, wenn der Schlaf gesund und erfrischend ist. Er kann aber niemals erfrischend wirken, wenn der Schlafraum von vielen geteilt wird. Das ist aber leider beim proletarischen Volk in ungezählten Fällen in einer völlig ungeordneten Weise der Fall. Feststellungen haben ergeben, daß nur 0,2 % der Proletarier allein in einem Zimmer schlafen. Die meisten, nämlich 37 %, schlafen zu vierein in einem Raum. Viele, nämlich 28 %, schlafen sogar zu fünfen. 10 % schlafen gar zu sechsen in einem Raum. In 2 % schlafen sogar zu mehr als 7 Personen in einem Schlafgemach. Das sind Verhältnisse, die treffend die elende soziale Lage des Proletariats darlegen.

Leben und Religion.

„Wohne denen, die Haus an Haus reihen, die Feld an Feld rücken, bis kein Platz mehr im Lande!“ — „Wohne den Schutigen, die den, der im Recht ist, sein Recht entziehen!“ — „Was den Armen geraubt, ist in euren Häusern!“ (den Häusern der Vornehmen und Obersten des Volkes). Ist es nicht, als wenn mit diesen Worten ein Kind des proletarischen Volkes sein ererbtes Recht kundgibt? Und auch so mancher Hüter des Kapitalismus wird denken: „Materiell wieder einer von den Seßlern, die keine Hingung haben von der gottgewollten Ordnung.“ So fern ist das kapitalistische Bürgertum der Religion, wenn es sie auch immer im Munde führt, daß jene eben zitierten Worte seines Propheten Jesus ihm wie gegnerische Worte klingen. So fern ist dieses kapitalistische Bürgertum der wahren Religion, daß es prophetische Worte der Gerechtigkeit, Freiheit, Gleichheit nur außerhalb der Religion, bei seinen politischen Gegnern kennt. Man spricht dort drüben wohl genug von Liebe, doch man vergißt die Tat, wie sie es nicht ist als Religion. Das ist Religion. Das ist die Religion in ihrer innigsten Tiefe.

Religion ist darum nicht Erkenntnis der Lippen. Religion ist nicht Erbauung in stillen Stunden. Religion ist Kampf, Kampf um das Leben, das ist Religion. Das ist das im proletarischen Volk rings, das ist Religion. Es wird nicht geredet und gemault. Da wird gehandelt und gekämpft. Und wenn der Prophet Jesus heute leben würde, dann würde er ebenso wie Jesus und all die anderen Menschheitslehrer beim Volke stehen. Im proletarischen Kampf würde ihre Seele aufgehen, in dieser neuen Menschheitsreligion der Tat.

Für den Schweizerischen Bauarbeiterverband:
Robert Kolb.

Nach dem Spinner Bachmann der Spieß Hedert. Entsprechend der höheren Charge hatte er auch eine etwas schwerere Aufgabe bekommen. Er sollte den Stimmenden den Eigenkreis schmachtlich ferretieren, warum wir nicht zu einem Zusatzverbot im Bauvereiner kommen. Hedert weiß, wo die Widerläge liegen. Er weiß, daß der Vorstand des Deutschen Bauarbeitervereins des Bauvereiner erstrebt. Wenn er die Behauptung aufstellte, daß Mitglieder der Opposition deswegen von uns ausgeschlossen wurden, weil sie den Zusammenschluß aller im Bauvereiner beschäftigten Lohnempfänger wollen, so hat er gelogen. Die Bk. wissen ganz genau, daß mit Ausnahme unseres Verbandes, die Mitgliedstaaten der andern in Betracht kommenden Verbände zum großen Teil der Zusatzorganisation vollständig indifferent gegenüberstehen. Sie sind konfessionell. Wäre es anders, so würden die betreffenden Verbände gar nicht in der Lage sein, die Vereinigung zu verhindern, selbst wenn sie den Willen dazu

Nach dem Schließen der Spinnerei und den Gängen rannten das Spiel um der Wipfel mit der faulen Felle. Der dicke Brummer, den uns Brandler zukommen ließ, hielt so aus: „Jetzt werden die Massen, die 1919 und 1920 Mitglieder der Gewerkschaften geworden seien, unterfüttersberechtigt. Wenn die Arbeitslosigkeit anhielte, dann wäre der Bauarbeiterverband nicht mehr in der Lage, die Unterfütters zu zahlen; er stünde im März vor dem Ruin. Banterot soll derselbe Bauarbeiterverband, der viel Geld für den Sozialfüttersschwindel verpulvert habe. Die Befüttersung der Bureaufütters, die Unterfütters nicht zahlen könnten, sei ein Grund mit, um die Spaltung zu erreichen. Sie hoffen, einen großen Teil der Mitglieder, die jetzt unterfüttersberechtigt werden, abzufütters. Die Bureaufütters sucht einen guten Grund, den Banterot des Bauarbeiterverbandes zu kommunizieren in die Schutze zu schieben.“ Wir bringen hiermit diese Ausfüttersungen wütters zur Kenntnis aller Kollegen. Es wäre schade, wenn nur die BK vorbereitete in unsern Konten hineinfsütters. Gleichfütters erfordern wir aber auch alle Kollegen, nur noch die paar Wochen bei uns auszufütters; denn im März soll ja schon der frütters Zeitpunkt eintreten. Wir geben ihnen die Versicherung, soweit sie Wütters tügen für das Befütters unsern Verband hegen, werden sie angenehm, und soweit sie die Hoffnung der BK teilen, werden sie unangenehm eintütters sein. Wenn der Verbandsvorstand wütters so hinterfütters wäre, wie Brandler seinen Gläubigen vorlog, dann hätte er nicht dem Verein Gemüth goldene Briefen gebaut, als dieser sich mit den Ausgefüttersen (alsbütters erkläre, sondern hätte ihn ausgefütters. [usw. dem bereit angefütters Gemüth Verdict geht aber ungewütters hervor, das dem Vorstand in der Hand liegt, die Mitfütters im Verbandszentrum. Im Jahre 1920 hat das Verbandsvermögen trotz millionengroßer Unterfütterssummen um mehr als 7 Millionen Mark zugenommen, so daß es jetzt annähernd 24 Millionen Mark beträgt. Wir bitten unsern Kollegen, die den Brandler gesprochenen Sätze noch einmal genau durchzufütters. Und dann bitten wir sie, die Tatsache zu vergessen, daß dieser C. . . der nicht einmal eine Felle mit einigem Geisig darüber kann, jahtlang Angestellter in einem unserer größten Büttersvereine sein konnte. Wenn seine Wüttersungen auch nur die Wüttersfüttersheit für sich hätten, dann dürfte es als Proletarier des Unternehmens jedenfalls die für sie gute Aussicht nicht eröffnen. Daß er es doch tat, beweist uns, daß er entweder die Zwangswütters seiner Wütters abschätzen kann, daß ihm doch das Wütters der deutschen Bauarbeiter und ihrer Familien sehr gleichfütters ist, wenn er nur dem Verbandsvorstand etwas anhängen kann, oder daß er selbst nicht an die Wütters seiner Worte glaubte. Wenn die Rede kein kann, so gewütters in diesem Brandlerfütters Falle. Er tat in seiner Faltener aber nicht bedacht, daß der Schlag, den er gegen den Vorstand fütters wollte, zu einem Schlag gegen die BK werden muß, wenn der prophezeite Banterot nicht eintritt. So ohfütters der Büttersfütters Brandler der BK. sich selbst und seine Kampagne. Brandler ist ungewütters durch Wütters des Oberkommandos zum Feldbeweisskannat avancierte, das heißt, er ist Vorfütters der BK 1920 geworden. Wahrschütterslich als Reihung für die in Halle bewiesene Zettfüttersfelle. Wir fordolieren der BK 1920 — Was wir in der Nr. 9 des „Grundstein“ andeuten, ist eingetroffen. Woi wurde als Vorfütters abgesetzt, weil er nicht genug Subordinaton im Zeite hatte.

An unsere besondern Kollegen möchten wir zum Schluß die Fragen richten: Seid Ihr nicht mit uns der Meinung, daß diese A.R.G.-Sitten, dessen Kampfmittel Lüge und Gummipfennig sind, in kurzer Zeit zusammenbrechen muß? Seid Ihr nicht mit uns der Meinung, daß eine Partei, die in dieser Weise kämpft, dadurch zugibt, daß sie geistig bankrott ist? Seid Ihr nicht mit uns der Meinung, daß Bachmann, Ferret und Brandler durch die Lügen, die sie in Halle aufstülpten, den Beweis erbracht, daß ihr Ausfluß reichlich sich gefühlt? Bisher haben neun Vereine wegen dieser Sache einen außerordentlichen Verbandstag beantragt. Rund 200 Vereine müßten einen entsprechenden Antrag stellen. Wir werden also das Geld sparen, das der Verbandstag kosten würde. Aber, wenn sich genügend Vereine gefunden hätten, die einen derartigen Antrag wegen dreier Mann unzulänglich, hätten sich diese drei nicht gegen alle, das ganze Million Man besser den arbeitlosen Kollegen zugute gekommen wäre? Ist es nicht schon Verwirrung, daß wir uns jetzt wachsend in jeder Nummer des „Grundstein“ mit solchen der A.R. bebeschäftigen müssen? Schon die Propagierung des Antrages auf Einberufung eines außerordentlichen Verbandstages durch die Ausgeschlossenen selbst genügt von dem außerordentlichen Vornehmen, der die Leute beutet. Wir sind überzeugt, daß kein Mitglied des heutigen Verbandsvorstandes, falls es aus irgendeinem Grunde ausgeschlossen werden müßte, auf die Idee kommen würde, daß nun seinetwegen ein außerordentlicher Verbandstag stattfinden müßte. Der eigenen Person eine derartige Wichtigkeit beizumessen, daß diese Personen vorbehaltlich, die sich Revolutionäre nennen

Die Kommission wird über das, was sie in den zerstörten Gebieten gesehen hat, später noch einen detaillierten Bericht geben. Sobald dieser vorliegt, werden wir auf diesen Bericht eingehend zurückkommen.

Lebensfalls geht der „Atelier“ veröffentlichte vorläufige Bericht, daß der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete von der französischen Regierung absichtlich erschwert wird. Der im Januar stattgefundene Anarche des Bau

stellende Körper erklärte, daß die politischen Parteien eine gemeinsame Plattform bilden könnten. Aber diese Forderungen konnten nicht in die Aufgaben des Verbandes hinein integriert werden und wurden als „persönliche Meinungen“ an die Mitglieder und allen Wählern „nicht beizugeben“ ausgedrückt. Die Verhandlungen des Hauptbundes wurden abgebrochen. Diese Bekehrungen wurden gegen 5 Stimmen abgelehnt, die Antwort an den Hauptbund wurde mit der gleichen Abstimmung angenommen. Außerdem beschloß, die Einberufung eines außerordentlichen Verbandstages zu fordern, wurde gegen 4 Stimmen an demselben Tage ein Generalbeirat einberufen, der am 2. Februar 1921 tagendberufen wurde. Der Generalbeirat wurde nachfolgend in Chemnitz im Deutschen Bauarbeiterverband nach dem folgenden Programm gegen 6 Stimmen an: Die heilige Genossenschaft

[illegible]

Österreich. Durch die Kapitulation einiger Kollegen gelang es uns, unseren Verein auf die für unser Tragbühnen-Mädchen stattdige Zahl von 600 Mitgliedern zu bringen. Von diesen waren etwa 200 an dem Straßenbau in Rodau befaßt. Die Führung hatte dort der Kollege Josef Schönbauer. Nun begannen wir, die Mitglieder zu sammeln. Wir bildeten die sogenannte Epiphytten im Verein. Durch das eigenmächtige Zurückfallen der Sozialistenangehörigen war mit der Jahreshilfe Rodau in Konflikt, da dieselbe dauernd weiter, die entfallenden Beiträge reibungslos zu zahlen. Schönbauer, der sich als Mitglied des Vereins der Kollegen Röscher zum Angehörigen wählten wollten. Wir stellten aber außerdem noch 2 andere Kollegen als Kandidaten auf und Röscher wurde nicht gewählt. Nun wollten die Rodauer nichts mehr mit uns zu tun haben und schickten uns eine Erklärung, die dem Gehalt eines Mitglieds des Vereins Rodau, in dem Röscher nun Angehöriger ist, zugleich ist er östlicher Sekretär der Kommunistischen Partei. Nun, nachdem er erst den Verein Österreich verlassen, verfuhr er wieder die Vereinigung, um uns für die Aufnahme in den Verein zu bitten. Wir haben ihm dies freudig und unentgeltlich ab. Wir machen die Verpflichtungsarbeit nicht mit. Die kommunistische Konferenz in Gollersdorf hat uns gezeigt, wohin die Wege geht. Der Anfang von Zerrüttung unserer Verbandes ist gemacht, indem fünf Mitglieder, die sich als Mitglieder des Vereins Rodau, als Mosauer Gewerkschaftsinternationale anfühlten. Wenn wir in unsern kleinen Verein Rodau erleben, was diese Verpflichtung bedeutet, rufen wir den in Weltanschauung kommenden Mitgliedern zu: Laßt ab vom freieschaffenden Spiel! Nur Einsicht magst du haben!

In der des Situationsberichte folgenden Aussprache kam zum Ausdruck, dass auf die Einführung der Achtundvierzigstundewochen durch Verständigung mit dem schweizerischen Baumeisterrverband kaum zu rechnen und darum der Kampf unvermeidlich sei. Die Vertreter der ausländischen Verbände anerkannten die Schwierigkeiten, befürworteten aber nichtsdestoweniger einen einmaligen Versuch zu einer friedlichen Lösung des Konfliktes. Als geeignet, eine solche Lösung herbeizuführen, erscheint die Einsetzung einer Schlichtungskommission in

gerd gull KG
otto-hahn-straße 21
postfach 410249
4400 munster-rosel